



Newsletter 07/2011

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Aktivitäten des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Bericht der Mobilen Beratung.....	S. 4
Hinweise auf Projekte, Aktivitäten und Veröffentlichungen.....	S. 6
Am rechten Rand.....	S. 8
Neu in der Bibliothek.....	S. 9
Impressum.....	S. 11

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Seit 2008 betreut die Info- und Bildungsstelle das Projekt „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln“. Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bieten wir Unterstützung bei der Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus. Mobile Beratung leistet dabei Hilfe zur Selbsthilfe und versucht, die vorhandenen Ressourcen zu aktivieren und zu vernetzen, um langfristige Wirkungen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu ermöglichen. Dabei haben wir inzwischen gute Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Partnern vor Ort gemacht.

Jetzt ist unter www.mbr-koeln.de unsere neue Homepage an den Start gegangen, die viele Informationen für Interessierte bietet. Unter dem Menüpunkt „Aktuelles“ finden Sie Hinweise auf Aktivitäten der Info- und Bildungsstelle sowie ihrer Kooperationspartner oder Berichte über Aktionen gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln. „Über uns“ stellt die Arbeit der Mobilen Beratung im Allgemeinen vor. In der Rubrik „Vor Ort“ sind Informationen über die rechten Szenen in den Kreisen des Regierungsbezirks zu finden; diese werden halbjährlich aktualisiert. Über einen Klick auf die Karte kommen Sie ganz einfach zu „Ihrem“ Kreis.

Die Homepage bietet Ihnen verschiedene „Materialien“ an: Den Newsletter, unsere Handreichungen, die Sie ausschließlich als pdf heruntergeladen können oder Veröffentlichungen, die über das NS-DOK zu beziehen sind. Und nicht zuletzt finden Sie dort weitere interessante Materialien, die für die Arbeit gegen Rechts nützlich sind. Abgerundet wird das Ganze durch die Rubrik „Termine“, die auf die vielen Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums hinweist.

The screenshot shows the website interface with a navigation bar at the top containing 'AKTUELLES', 'ÜBER UNS', 'VOR ORT', 'MATERIALIEN', and 'TERMINE'. Two news articles are visible:

- Pulheim: "Putzmunter gegen rechts"** (6. Juli 2011): A report on a cleaning crew in Pulheim protesting against right-wing extremism.
- Per la Vita: Esther Bejarano und Microphone Mafia kommen ins NS-Dokumentationszentrum** (28. Juni 2011): A report on a musical project 'Per la Vita' featuring Esther Bejarano and Microphone Mafia.

On the right side, there is a 'KONTAKT' section with contact information for NS-DOK and a 'VOR ORT' section with a map of the region and a search box for 'Stadt Aachen'. At the bottom, there is a 'WEB 2.0 DIENSTE' section with social media icons for Facebook and Twitter.

Für diejenigen, die tagesaktuelle Informationen zum Thema extreme Rechte in NRW suchen, haben wir die Artikel des Internetportals „NRW Rechtsaußen“ auf unserer Seite in der rechten Menüleiste eingebunden. Den aktuellen Erfordernissen des Web 2.0 angepasst gibt es auch einen Direktlink auf unseren Facebook-Account und Twitter-Account. Über einen Besuch auf unserer Homepage würden wir uns sehr freuen:

www.mbr-koeln.de

Ich wünsche Ihnen einen schönen und sonnigen Juli bzw. schöne Ferien.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Das Gesicht des Ghettos. Bilder jüdischer Fotografen aus dem Ghetto Litzmannstadt 1940–1944

Ausstellungseröffnung: Donnerstag, 12. Juli 2011, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Ausstellung vom 13. Juli bis 4. September 2011, EL-DE-Haus



Berührende und verstörende Szenen vom Alltag im Ghetto zeigt eine Ausstellung, die von der Berliner Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ erarbeitet wurde. Die weitgehend unbekannteren Photographien zeigen nicht die Täterperspektive, sondern stammen von jüdischen Fotografen, die selbst im Ghetto gefangen und täglich vom Tod bedroht waren. Sie dokumentieren eindringlich die Spannung zwischen der ausweglosen Situation der Betroffenen und ihrem Bemühen, ihre Würde zu erhalten und so lange wie möglich zu überleben. Der Ausstellung gelingt es, die Persönlichkeit der Fotografen ebenso in den Blick zu rücken wie auch einen tiefen Einblick in die Gefühlslage der Menschen im Ghetto zu geben.

In der Industriemetropole Łódź, bald nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen in

Litzmannstadt umbenannt, errichtete die deutsche Besatzungsverwaltung das nach Warschau zweitgrößte Ghetto, das am längsten im deutschen Machtbereich existieren sollte. Auf engstem Raum im ohnehin armen Stadtteil Bałuty mussten sich seit dem Frühjahr 1940 über 160.000 polnische Juden notdürftig einrichten. Im Herbst 1941 trafen die ersten Deportierten aus dem „Großdeutschen Reich“ ein: 20.000 Männer, Frauen und Kinder aus Prag, Wien und Luxemburg sowie aus Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und Köln.

Die Situation, auf die die „Westjuden“ trafen, war schockierend und machte schlagartig deutlich, was die Nationalsozialisten mit ihrer antijüdischen Politik beabsichtigten. Mehrere zehntausend Menschen starben im Ghetto selbst an Hunger, Krankheiten und Gewaltverbrechen, annähernd 80.000 Menschen wurden im Frühjahr und Herbst 1942 sowie im Sommer 1944 im Vernichtungslager Kulmhof ermordet. Diejenigen, die ihr Leben bis dahin noch hatten retten können, wurden mit der Auflösung des Ghettos im August 1944 nach Auschwitz deportiert. Nur wenige überlebten.

„Das Gesicht des Ghettos“ ist die erste von zwei Ausstellungen, die anlässlich des 70. Jahrestages dieser Deportationen im NS-Dokumentationszentrum gezeigt werden. Sie sind dem Andenken an die 2.000 dorthin deportierten Kölnerinnen und Kölner gewidmet, von denen nur 24 überlebten.

Fritz Bauer – Tod auf Raten

Film und Podiumsgespräch, Samstag, 16. Juli 2011, 18.30 Uhr, DIE BRÜCKE, Hahnenstraße 6, Köln

„Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.“ Dieses Zitat spiegelt am besten wider, was den Juristen Fritz Bauer in den 1950er und 1960er Jahren bei der juristischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Deutschland antrieb. Für ihn spielte die Justiz eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau der Demokratie. Als Staatsanwalt rehabilitierte er die Attentäter vom 20. Juli 1944, im Amt des hessischen Generalstaatsanwalts initiierte er den Frankfurter Auschwitz-Prozess. In der Bundesrepublik löste Bauer damit erstmals eine breite Diskussion über den Holocaust aus. Die Dokumentation führt in eine Zeit, in der vor allem die ältere Generation in Deutschland die NS-

Vergangenheit verdrängte. 1968 starb Fritz Bauer. Sein überraschender Tod ist bis heute ungeklärt. Die 97-minütige Dokumentation aus dem Jahr 2010 spürt seinem Wirken nach.

Anschließend: Podiumsgespräch mit der Regisseurin Ilona Ziok; Prof. Dr. Cornelius Nestler, Nebenklagevertreter im Demjanjuk-Prozess (angefragt); Ralph Giordano und Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums.

Im Rahmen des Filmfestivals „ueber Mut“ (7. bis 16. Juli 2011). Das NS-DOK ist Festival-Partner in Köln.

Eintritt: € 3,50/2,50 (ermäßigt)

Edelweißpiratenfestival Sonntag, 17. Juli 2011, ab 13 Uhr, Friedenspark



Das Kölner Edelweißpiratenfestival – zu Ehren der unangepassten Jugend während der NS-Zeit – findet seit 2005 jeweils am letzten Sonntag vor den NRW-Sommerferien im Kölner Friedenspark statt. Mehr als 20 sehr unterschiedliche Musikgruppen auf fünf Bühnen verwandeln den Park, gemeinsam mit Zeitzeugen und Tausenden von Zuschauern, in ein lebendiges Denkmal. Dazu gehören ein Zeitzeugen-Café, Kinderaktionen und die passende Ausstellung des NS-DOK sowie ein ausführliches Rahmenprogramm vor dem Festivaltag.

Neben jährlich rund 8.000 Besuchern aller Altersschichten und Herkünfte hat das Edelweißpiratenfestival auch viele Menschen darüber hinaus erreicht, indem es das Thema „Jugendkultur und Widerstand im Rheinland“ entideologisiert und kulturell geöffnet hat. Zudem war es Ausgangspunkt für eine ganze Reihe weiterer Veranstaltungen und Projekte, wie die „Edelweißpiratentour“, den wöchentlichen „Singenden Holunder“ oder das Buch „Gefährliche Lieder“.

Angekündigt sind u.a.: Ballhaus / Querfälltein / Hiss / SakkoKolonie / Eierplätzchenband / Fasfowod Stringband / Drago Riter Ensemble / Kent Coda / Steve Ouma Band / Lungs / HopStop Banda / Los Matatigres / Kwaggawerk / Georg Zimmermann / Billy Rückwärts / Klaus der Geiger Family / Wickidsz / Fleur Earth & Band / Hello Piedpiper / Singender Holunder / Illoyal + Bass Deaph / Gehörwäsche / Muskat 120 / Schwarzmeerflotte / Memoria + Überraschungsgäste

Eintritt: frei

Weitere Informationen unter:
www.edelweisspiratenfestival.de

Weitere „Edelweißveranstaltungen“

Sa. 09.07., 14 Uhr ab Bahnhof Altenahr
Edelweißpiratentour an die Ahr
Wanderung mit Edelweißpirat Hans Fricke auf den Spuren seiner naturliebenden, unangepassten Jugendbewegung.

Dazu wird gesungen wie damals und erzählt, wie man die Nazis ärgern konnte! (ca. 3 Stunden mit Pausen)

Mi. 13.07., 19 Uhr im Weißen Holunder
»Kein schöner Land ...« – Liederabend im Weißen Holunder

Mit den Autoren des Buches **»Gefährliche Lieder«** und diversen Lokalhelden. – Eintritt: Spende

Do. 14.07., 18 Uhr, »An der Eiche«, Severinsviertel, Köln

»Die Navajos vom Vriingsveedel« – Musikalische Stadtführung mit Sabine Eichler (Geschichten) **Philipp Oebel + HotStop Banda**

Fr. 15.07., 19 Uhr Baui im Friedenspark, Köln
Film + Diskussion + Musik

»Nachforschungen über die Edelweißpiraten«

Dokumentarfilm von **Dietrich Schubert**. + Diskussion mit dem Filmemacher sowie dem Schriftsteller Peter Finkelgrün über den schwierigen Kampf um die Anerkennung der Edelweißpiraten. – Eintritt: Spende

Sa. 16.07., 20 / 21 Uhr: im / am Baui, Friedenspark
offenes Lagerfeuersingen anschließend **unplugged Party-Folk!** anschließend **Kompott-Disko** – Eintritt: 5,- / 3,-

So. 17.07., 13 Uhr: Baui im Friedenspark,
Festivalandacht – zum Gedenken an die Edelweißpiraten. Mit **Zeitzeugen, Musikern und Pfarrer Hans Mörtter**

Eine Kooperation von Edelweißpiratenclub e.V., NS-DOK, SüdstadtLeben e.V. und Humba e.V.; Gefördert von der **Stadt Köln – Schirmherr: Jürgen Roters**

Unterstützer + Medienpartner: Bezirksvertretung Innenstadt / Kölncampus, Känguru, Stadtrevue, Choices, Rapido ...

„Dagegen!“ Und dann...?!

Bericht über die Workshop-Tagung am 18. Juni 2011 in Dortmund



Unter dem Motto „Dagegen! ...und dann?!“ luden wie schon im vergangenen Jahr die Teams der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zu einer Workshop-Tagung ein. Eingeladen waren Aktive aus zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen sowie interessierte Einzelpersonen aus dem gesamten Bundesland. Ziel des Tages waren neben dem gegenseitigen Kennenlernen vor allem der Fachaustausch und die Vernetzung. Die Tagung fand diesmal im Jugendfreizeitzentrum „Big Tipi“, einer Einrichtung des Jugendamtes der Stadt Dortmund, im Fredenbaumpark statt. Das beim Jugendamt angesiedelte „Respektbüro“ half auch bei der Organisation der Zusammenkunft.

Zwischen Bratwurst und Blockaden

Den Auftakt der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion von Vertreterinnen und Vertreter verschiedener zivilgesellschaftlicher Bündnisse. Mitglieder der „Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz“ und vom „Bündnis gegen Pro Köln“ sowie Michael Helmbrecht, Vertreter der Bürgerinitiative „Gräfenberg ist bunt“, erläuterten und diskutierten in dieser ersten Runde ihre Vorgehensweisen im Umgang mit Aktivitäten der extremen Rechten. Souverän moderiert durch Nina Bramkamp von der Wuppertaler „Initiative für Demokratie und Toleranz“, wurden verschiedene Ansätze von Bündnispolitik und Gegenaktivitäten diskutiert.

Einig war sich das Podium darin, dass ein Ignorieren oder Wegschauen keine Erfolg versprechende Taktik gegen extrem rechte Umtriebe ist. Vielmehr müsse es darum gehen, auf einer breiten gesell-

schaftlichen Basis, Ablehnung für die extrem rechten Akteure sichtbar zu machen. Alle drei Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums verwiesen in diesem Zusammenhang auf erfolgreiche Praxisbeispiele aus ihren Regionen: In Gräfenberg reagierte man auf einen seit 2006 monatlich stattfindenden „Gedenkmarsch“ der NPD zu einem lokalen Kriegerdenkmal. Mit Witz und kreativen Aktionen gelang es der Initiative „Gräfenberg ist bunt“, den Neonazis den öffentlichen Raum streitig zu machen. So wurde beispielsweise ein Neonazi-Fackelmarsch dadurch konterkariert, dass die Initiative die Straßen mit großen Scheinwerfern ausleuchten ließ. Aber auch die Besetzung des Marktplatzes gehörte zum Aktionsrepertoire. Nach über 50 Aufmärschen erzielte die kleine Gemeinde dann einen großen Erfolg: Die Neonazis gaben ihre Aufmarschversuche schlussendlich auf.

Niedrigschwellige Angebote schaffen

Das Bündnis „Gegen Pro Köln“ erreichte durch eine breite Mobilisierung im September 2008 die Verhinderung der als „Internationalen Anti-Islamisierung-Kongresses“ bezeichneten Kundgebung der rechtspopulistischen Partei „pro NRW“. In Wuppertal, wo sich die „Initiative für Demokratie und Toleranz“ im Jahr 2000 nach einem Überfall durch Neonazis auf eine Gedenkfeier gründete, gelang es zuletzt im Januar 2011, eine Demonstration von Neonazis durch zivilgesellschaftlichen Protest massiv zu behindern. Dissens gab es hingegen bei der Frage, welche Strategie die effektivste und sinnvollste ist. Helmbrecht betonte, dass es in einer



Michael Helmbrecht

dörflich-kleinstädtischen Struktur wie Gräfenberg darauf ankomme, verschiedensten Leuten ein niedrigschwelliges Angebot zum Engagement gegen Rechtsextreme anzubieten. Zu einem solchen Angebot gehörten dann auch die oftmals als „Bratwurstessen gegen Rechts“ gescholtenen Bürgerfeste. Die Vertreterin vom „Bündnis gegen Pro Köln“ verwies darauf, dass erfolgreiche Aktionen gegen extrem rechte Aufmärsche nur durch aktive Blockaden des Veranstaltungsortes oder Besetzungen der Marschroute möglich seien. Ein Bürgerfest weitab des eigentlichen Geschehens sei da wirkungslos und würde auch nicht dem Anspruch gerecht, ein deutliches Zeichen zu setzen. Einig war man sich aber, dass Protestaktionen möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern ein einfaches Mitmachen erlauben sollten.

Diskussion in den Workshops

Viele der in der Diskussion aufgeworfenen Fragen wurden nach der Mittagspause in Workshops vertiefend diskutiert. Je nach Interesse verteilten sich die Teilnehmenden auf eine der vier Arbeitsgruppen. Die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im RB Köln“ bot einen Erfahrungsaustausch zu den Strategien von extrem rechten Gruppen, Räumlichkeiten in Gaststätten anzumieten. Der Workshop vermittelte viele praktische Tipps und Handlungsmöglichkeiten gegen diese Veranstaltungen. Weitere Workshops thematisierten die besondere Problematik von Rechtsextremismus in ländlichen Räumen oder stellten Methoden für die Bildungsarbeit vor. Eine weitere Gruppe diskutierte Chancen und Fallstricke, die sich aus der Zusam-

menarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Milieus ergeben.

Erfolgreiche Bündnisarbeit – aber wie?

Für einen runden Abschluss der Tagung sorgten die abschließenden Gedanken Michael Helmbrechts sowie ein kurzer Film, die die Erfahrungen und Erfolge der Gräfenberger Initiative und die Chancen der Bündnisarbeit im Kampf gegen Rechts im Allgemeinen noch einmal auf den Punkt brachten. Aber: Auch die Herausforderungen und Schwierigkeiten ließ Helmbrecht nicht unerwähnt. Häufig werden gerade diejenigen, die sich gegen die extreme Rechte engagieren, als Störfaktor empfunden, weil sie vor Ort „unbequem“ sind und auf Missstände hinweisen. Dass aber gerade diese engagierten Verfassungsschutz im besten Sinne betreiben und des Schutzes und der Unterstützung bedürfen, war Helmbrecht ein deutliches Anliegen. Als zentrale Kompetenzen für eine erfolgreiche Arbeit im Bündnis erscheinen auch daher letztlich Kompromissbereitschaft, funktionierende Kommunikation und gegenseitige Unterstützung. Wichtig ist auch, das Potenzial ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure zu erkennen und darauf aufbauend vielfältige und attraktive Beteiligungsmöglichkeiten in der Bündnisarbeit zu schaffen. Denn ein auf möglichst breiter Partizipation fußendes Bündnis hat die größten Chancen, viele Menschen zu gemeinsamen Aktionen gegen die extreme Rechte zu mobilisieren. Dazu gehören dann sowohl die inhaltliche und aktive Auseinandersetzung mit der extremen Rechten bis hin zu Blockaden wie auch der Spaß und die kreative Ansprache möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger – womöglich auch durch Bratwürste und Ballons, darin waren sich zum Abschluss die Teilnehmenden einig.

Die Tagung wird im nächsten Jahr erneut angeboten.



Diskussionen in den Workshops

Nachfolge für das Referat „Gewalt und Rassismus“ in Villigst Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg geht weiter

Die evangelische Jugend Westfalen meldet: „Die Wiederbesetzung der Stelle, aus der im März Ralf-Erik Posselt verabschiedet wurde, ist vollbracht. Nach 33 Jahren Jugendarbeit im Kirchenkreis startet Dieter Frohloff am 1.6., zunächst mit 50 % und ab 1.9. mit 100 % Stellenanteil, als neuer Referent beim Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Schwerpunkt seiner Tätigkeit wird die Organisation und Beratung des Beratungsnetzwerkes Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg, Aus- und Fortbildungen sowie die Koordinierung der Aufgaben und Organisation der Gewalt Akademie sein.



Der Dipl.-Pädagoge und Gemeindepädagoge hat in seiner Tätigkeit im Ev. Kirchenkreis Bielefeld sowohl vielfältige Erfahrungen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gesammelt als auch zentrale Aufgaben im Jugendpfarramt erfüllt, zuletzt die Geschäftsführung für OGS und Mittagsbetreuungen an neun Schulen.

Schon seit vielen Jahren ist er als Trainer in Deeskalations- und Sozialtrainings und Streit-schlichtungsausbildung an Schulen tätig.

Er freut sich über die neue Herausforderung und wird seine Kompetenzen und Erfahrungen aus seiner Jugendarbeitspraxis in seine neue Aufgabe produktiv einbringen können. Die Koordination der Gewalt Akademie und das Bekämpfen von Rassismus und Rechtsextremismus sieht er als eine besondere Herausforderung, weil es nicht nur eine pädagogische, sondern auch eine politische Aufgabe ist. Er hat seine bisherige Arbeit immer als eine vom christlichen Glauben her motivierte, dem Individuum zugewandte, aber auch als jugend- und gesellschaftspolitische Aufgabe in Netzwerken und Bündnissen verstanden.“

Die ibs begrüßt den neuen Kollegen und wünscht ihm einen guten Start für seinen neuen Arbeitsbereich.

Jugendarbeit international – Vielfalt erleben Nutzung internationaler Mobilitätsprogramme

Transfer e.V. informiert: „Die Träger der Internationalen Jugendarbeit bieten seit mehreren Jahren unterschiedliche Initiativen, die ein gemeinsames Ziel haben: Teilhabe an ‚Mobilität zu Lernzwecken‘ („Learning Mobility“) für alle Jugendlichen! Die jugendpolitische Initiative JiVE hat sich zum Ziel gesetzt, allen interessierten Gruppen und Organisationen Wege aufzuzeigen, wie man Programme nutzen kann, was man dafür braucht und wo man Informationen und Beratung erhält.

Der Anteil benachteiligter Jugendlicher und Jugendlicher mit Migrationshintergrund bei internationalen Mobilitätsprogrammen (Internationaler Jugendaustausch, Freiwilligendienste, Kinder- und Jugendreisen, Sprachreisen, Praktika, Klassenfahrten etc.) ist immer noch gering. Damit sich dies ändert, werden über JiVE nachhaltige strukturelle Verbindungen zwischen internationaler Jugendarbeit und Strukturen der Jugendsozialarbeit, Jugendmigrationsarbeit, kommunaler Jugendhilfe und anderen Kooperationspartnern aufgebaut. Inner-

halb der Projektlaufzeit von JiVE 2011–2014 gehen daher insgesamt vier Teilinitiativen an den Start.

Der Deutsche Bundesjugendring ist Ansprechpartner für die bei ihm organisierten Jugendverbände. Transfer e.V. richtet sich an alle Träger, die nicht über den DBJR organisiert sind, z.B. an Vereine junger Migrantinnen und Migranten, an sonstige Träger, die mit benachteiligten Jugendlichen oder Jugendlichen mit Migrationshintergrund arbeiten, an Träger des pädagogischen Kinder- und Jugendreisens und Schulen. Transfer e.V. lädt zu einer regionalen Auftaktveranstaltungen ein, die am 01.10.2011 von 11.00 bis 16:30 in Köln stattfindet.“

Weitere Infos:

transfer e. V.

Grethenstr. 30

50739 Köln

Tel: 02 21 / 95 92 19 0

Fax: 02 21 / 95 92 19 3

service@transfer-ev.de

www.transfer-ev.de/show/4350793.html

Dissen – mit mir nicht! Kreativwettbewerb gegen Rassismus und Diskriminierung



Der Wettbewerb richtet sich an Schülerinnen und Schüler in Köln. Aus dem Ausschreibungstext: „Möchtest Du auch Rassismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft nicht länger hinnehmen – dann mach mit!

Beteilige Dich – gerne auch mit Freunden oder im Klassenverband – an unserer Ausschreibung!

Es geht um Einmischung und Gesicht zeigen gegen Diskriminierung und Rassismus.

Sendet uns Eure Beiträge in Form von Bildern, Fotos, Collagen, einer Geschichte oder Erzählung, einem Video, einem Musikstück oder Ähnlichem zu. Überrascht uns mit Eurer Kreativität!“

Was habe ich denn davon?

Es locken wieder tolle Preise wie eine 4tägige Reise nach Berlin, Tagesfahrten nach Brüssel, Com-

putersoftware, Theater- und Kinogutscheine und vieles mehr.

Was ist konkret zu tun?

Lasst Eurer Kreativität freien Lauf – bitte beachtet jedoch, dass Videos und Musikstücke eine Abspielzeit von max. 3 Minuten haben sollten.

Sendet es uns bis zum 21.09.2011 zu:

Antidiskriminierungsbüro/Caritasverband für die Stadt Köln e.V., Kornelia Meder, Tel. 0221/560 46 32, Kornelia.Meder@caritas-koeln.de
AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., John Mukiibi Tel. 0221/96476300, John.Mukiibi@oegg.de

Die Prämierung Eurer Werke findet am Dienstag, den 11.10.2011 im Rahmen einer größeren Veranstaltung statt.



Der Goldene Kochlöffel

Gerichte von Kölnern aus aller Welt

09. Juli. 11

09.07.11 - Samstag
11:00 - 16:00 Uhr
Rautenstrauch-Joest Museum
Forum Volkshochschule im Museum
Cäcilienstraße 29-33
50667 Köln

11:00 Uhr Begrüßung
11:30 Uhr Beköstigung, Kulturprogramm,
Märchenerzähler, Bühnenprogramm
15:00 Uhr Preisverleihung
16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Schirmherrschaft: Nick Nikitakis

Veranstalter:
Amt für Weiterbildung, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), Volkshochschule Köln, und Julia e.V.



Am rechten Rand Neues von der extremen Rechten in Köln und Umland

Aus einer Pressemitteilung der Stadt Köln vom Juni 2011: „Die Staatsanwaltschaft Köln hat heute dem Oberbürgermeister schriftlich mitgeteilt, dass sie in dem von der ‚Bürgerbewegung pro NRW‘ veranlassten Strafverfahren gegen seine Person im Zusammenhang mit der Aktion ‚Wir stellen uns quer‘ von Ermittlungen abgesehen habe, weil gegen ihn noch nicht einmal ein Anfangsverdacht bestehe. Das Strafverfahren sei eingestellt worden, weil keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat gegeben seien. Zu dem Verfahren war es aufgrund einer Strafanzeige des pro-NRW-Vorsitzenden Markus Beisicht gekommen, der in der Formulierung des Aufrufs ‚Wir dulden keinen Marsch der Rechten in der Innenstadt‘ einen Verstoß des Oberbürgermeisters gegen das Versammlungsgesetz erkannt haben wollte und dessen Unterstützung des Aufrufs zu Gunsten der breiten Gegendemonstration ‚Wir stellen uns quer‘ als undemokratisch anprangerte. Die Staatsanwaltschaft sah in dem Aufruf jedoch eine Aktion für ein friedliches und tolerantes Miteinander; dies habe der tatsächliche Ablauf der Gegendemonstrationen am 7. Mai 2011 auch bestätigt. Die Äußerung von Oberbürgermeister Roters bewege sich daher im Rahmen des rechtlich Zu-

lässigen. Den Aufruf zu friedlichen Gegendemonstrationen müssten sich die Veranstalter im „Prozess der demokratischen Meinungsbildung“ gefallen lassen. Oberbürgermeister Roters sieht sich in seiner Auffassung bestätigt und hat erklärt: ‚Ich werde auch künftig meine Stimme erheben, wenn durch Aktionen wie den sogenannten ‚Marsch für die Freiheit‘ oder auf anderem Weg versucht wird, Teile unserer Stadtgesellschaft zu diskreditieren und auszugrenzen.“



Markus Beisicht (l.) beim „Marsch für die Freiheit“

Rechte Gewalt im Oberbergischen Kreis: Im Oberbergischen Kreis versuchten Neonazis mehrere gegen Rechtsextremismus engagierte Menschen einzuschüchtern, indem sie deren Wohnhäuser attackierten. Das Bündnis „Unser Oberberg ist bunt – nicht braun!“ schrieb am 3. Juni 2011: „Liebe bunte Oberbergerinnen und Oberberger, letzte Woche kam es bedauerlicherweise zu mehreren Übergriffen mit rechtsextremistischem Hintergrund in Gummersbach, Nümbrecht und Waldbröl. Ziele des Angriffes waren Wohnhäuser von Personen, die gegen Rassismus und Fremden-

feindlichkeit engagiert sind. Dabei wurden unter anderem rohe Eier an die Hausfassaden geworfen, Hakenkreuze mit Fett an Glasflächen geschmiert und Plakate mit der Forderung nach einem ‚Nationalen Sozialismus‘ an Fahrzeuge und Wände geklebt. Der Staatsschutz wurde daraufhin verständigt und ermittelt nun. Es wird deutlich, dass das Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit auch weiterhin richtig und wichtig ist und wir daher auch weiterhin konsequent für ein tolerantes und vielfältiges Oberberg eintreten sollten.“

Neonazi-Kundgebung in Leverkusen: Ungefähr 70 Neonazis nahmen am 3. Juni an einer kurzfristig anberaumten Kundgebung der „Freien Nationalisten Leverkusen“ teil. Die Veranstaltung, die unter dem Motto „Frei – Sozial – National: Werde aktiv für dein Land“ stand, wurde vom Düsseldorfer Neonazi Sven Skoda angemeldet. Die Teilnehmenden stammten größtenteils aus „Freien Kameradschaften“ und Gruppen der „Autonomen Nationalisten“ aus dem Rheinland und Ruhrgebiet. Die Neonazi-Szene in Kölns Nachbarstadt ist seit

Jahresbeginn wieder aktiver, was unter anderem mit der Haftentlassung des früheren Anführers der Leverkusener Szene zusammenhängt. Im Juni wurde eine eigene „Werde aktiv Kampagne Leverkusen“ durchgeführt, in deren Rahmen Plakate verklebt und Parolen gesprüht wurden. Außerdem werden immer wieder Sachbeschädigungen begangen. So wurden im Mai beispielsweise die Scheiben des Parteibüros von „Die Linke“ und des Bildungswerks „Karl-Liebknecht-Schule“ eingeworfen.

Das Internetportal „NRW Rechtsaußen“ berichtet über die pro NRW-„Ratsoffensive“ in Radevormwald: „Es sollte die Fortsetzung der von „pro NRW“ im Mai ausgerufenen „Ratsoffensive“ in Radevormwald werden. Doch diese „Offensive“ kam ins Stocken. „Pro NRW“-Fraktionsvorsitzender Tobias Ronsdorf selbst beispielsweise musste seine Teilnahme an der Stadtrats-Sitzung am 28. Juni nach dem Tagesordnungspunkt 16 erst einmal unterbrechen. Im Eingang des Bürgerhauses wartete die Polizei, die eine Anzeige gegen Ronsdorf aufnehmen wollte.“

Was war geschehen? Ein Antrag des linken Stadtrats Fritz Ullmann, die Stadt Radevormwald möge dem kommunalen Bündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ beitreten und sich gegen die Vollstreckung der Todesstrafe an dem als politischen Häftling bekannten US-Amerikaner Mumia Abu Jamal aussprechen, hatte „pro NRW“ auf den Plan gerufen. Wenige Tage vor der Sitzung reichte die selbsternannte „Bürgerbewegung“ einen eigenen Gegenantrag nach. „Pro NRW“ forderte darin, anstelle von „Städte für das Leben“ dem Bündnis „Städte gegen Islamisierung – Cities against islamisation“ beizutreten, das sich allerdings nicht aus Kommunen sondern aus Rechtsaußen-Parteien wie der FPÖ zusammensetzt. Die Antragsbegründung, eine seiner wenigen frei gehaltenen Wortbeiträge, nutzte Ronsdorf, um Front gegen den Linke-Stadtrat zu machen. Ihn wundere es nicht, dass dieser sich für einen „Polizistenmörder“ einsetze, schließlich huldige Ullmann im Internet auch der „mörderischen Roten Armee“, pöbelte Ronsdorf. Anlass für Ullmann, die Polizei einzuschalten, war die nachfolgende Unterstellung Ronsdorfs, Ullmann würde Sachbeschädigungen in Radevormwald begehen. Der linke Stadtrat zeigte Ronsdorf wegen Verleumdung an.

Sinnfreie Anträge

Insgesamt stellte „pro NRW“ am Dienstag sechs Anträge und zwei Anfragen. Der erste Antrag forderte die Abschaffung des Integrationsrates. Auf eine inhaltliche Begründung verzichteten die Rechten in der Sitzung. Stattdessen ließen sie die Ratsmitglieder nicht wie üblich per Handzeichen, sondern namentlich auf Zuruf abstimmen. In einem zweiten Antrag forderte die „pro NRW“-Fraktion, angeblich ganz uneigennützig, die Plakatierungshilfen des Baubetriebshofes abzuschaffen und stattdessen die freie Plakatierung in Wahlkampfzeiten zu erlauben. Ronsdorf unterstellte, die „Politiker sind sich zu fein, ihre Arbeit selbst zu machen“. In Wirklichkeit begrenzen die Plakatierungshilfen die Wahlwerbung im öffentlichen Raum. Das massenhafte Aufhängen von Werbeplakaten ist „pro NRW“ – ebenso wie den anderen Parteien auch – deswe-

gen untersagt. Einen Antrag zur Einrichtung einer BMX-Anlage zog „pro NRW“ zurück. Man wolle nun die Aktivitäten der Stadtverwaltung in dieser Frage „kritisch begleiten“, hieß es in der von Ronsdorf verlesenen Erklärung.

„Pro NRW“ verschleiert

Für Gelächter sorgte indes der Antrag für ein „Verbot der Ganzkörperverschleierung der öffentlich Bediensteten der Stadt Radevormwald“. Dass je eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung der bergischen Kleinstadt eine Burka getragen habe, dafür konnte auch der „pro-NRW“-Stadtrat Alexander Vogt kein Beispiel nennen. Solche Fälle gebe es in Radevormwald zwar nicht, allerdings in Städten wie Frankfurt am Main, glaubte der ansonsten schweigsame Abgeordnete in seiner zwei Sätze langen Antragsbegründung zu wissen. Die Anträge und Anfragen von „pro NRW“ lassen sich in drei Kategorien einteilen. Ein Teil soll bürgernahe und von den übrigen Parteien angeblich vernachlässigte Sachthemen bedienen (BMX-Anlage, „Marodierende Horden auf Radevormwalder Spielplätzen?“), ein zweiter Teil bedient zuvorderst rassistische Ressentiments (Burka-Verbot, Abschaffung des Integrationsrates). Die restlichen Initiativen im Rat dienen „pro NRW“ der Artikulation ihrer eigenen Partei-Interessen und der Diffamierung von Initiativen gegen Rassismus (Plakatierung, Anfrage zum „Runden Tisch gegen Rechts“). Alle „pro NRW“-Anträge wurden am Dienstag einstimmig abgelehnt

Die Einflüsterer

Seit 2009 sitzt die angebliche „Bürgerbewegung“ im Rat der Stadt Radevormwald, die meiste Zeit war von der Zwei-Mann-Fraktion dort nichts zu vernehmen. Seit dem Frühjahr erhält Ronsdorf Unterstützung von seinem Parteifreund Andre Hüsgen. Hüsgen, der fast zehn Jahre lang Mandatsträger der Republikaner war, 2009 auf der Liste der NPD in der Stadtrat von Ennepetal zog und 2010 schließlich zu „pro NRW“ wechselte, verweilt bei Ratssitzungen regelmäßig auf der Besuchertribüne. Gemeinsam mit dem „pro NRW“-Bezirksvorsitzenden Udo Schäfer und der Wuppertaler „pro“-Kreisvorsitzenden Claudia Gehrhardt „souffliert“ Hüsgen von den Besucherplätzen. Tobias Ronsdorf, der seine Unsicherheit in den parlamentarischen Geflogenheiten und der freien Rede durch ein betont jugendliches Auftreten überspielt, sucht immer wieder die Rückversicherung bei den älteren Parteifreunden. Am Dienstag allerdings war er weitestgehend auf sich alleine gestellt. Die zwei Sitzreihen direkt hinter den Ratsmitgliedern waren entfernt worden. Wer ihm jetzt „zuflüstern“ wollte, hätte schon rufen müssen. So blieben „pro NRW“ nur die Unterbrechungen, um hektisch das weitere Vorgehen zu beratschlagen.“

Neu in der Bibliothek Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft

Über 300 Menschen haben sich an der Entwicklung des Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft beteiligt – Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, insbesondere auch Migrantenorganisationen. Allein das zeigt das Potenzial der Kölnerinnen und Kölner, sich miteinander für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben einzusetzen. Über das Konzept gab und gibt es (auch kontroverse) Diskussionen. Nach vielen Beratungen und Änderungen in den Gremien und im Rat wurde das Konzept im Februar 2011 vom Rat der Stadt Köln beschlossen. Jetzt liegt das Konzept in gedruckter Form vor. Oberbürgermeister Jürgen Roters und Henriette Reker, Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt schreiben im Vorwort:

„Köln ist eine weltoffene und tolerante Stadt, deren kulturelle Vielfalt zugleich Charakteristikum und Stärke ist. Das Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft hebt diese Stärke, die über die Jahrhunderte durch Zuwanderung und Mobilität entstanden ist, positiv hervor. Es macht aber auch deutlich, wie wichtig es ist, die Kompetenzen jedes einzelnen Menschen anzuerkennen, zu fördern und zu nutzen. Die Chancen, die in Vielfalt und Verschiedenheit liegen, sollen sichtbar und nutzbar gemacht werden. Das Konzept knüpft an eine über Jahrzehnte gewachsene vielseitige und vernetzte Angebots- und Unterstützungsstruktur an, die die unterschiedlichsten Anforderungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in vielfältiger Art und Weise berücksichtigt. Gleichzeitig macht es deutlich, dass Integration eine Daueraufgabe ist, die sich ständig auf neue Anforderungen einstellen muss, in der erprobte Angebote auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden müssen, und es macht deutlich, dass Integration nicht verordnet werden kann. Integration

braucht gute Rahmenbedingungen, aber auch ein hohes Maß an Eigeninitiative, wechselseitigem Respekt, Anerkennung, Aufgeschlossenheit und den Wunsch, gemeinsam ein gutes Zusammenleben zu gestalten. Integration ist insofern eine kommunale Querschnittsaufgabe, die Zusammenarbeit, Koordination und Vernetzung auf allen Ebenen erfordert. Mit dem Konzept ist der Rahmen für die weiterführende Integrationsarbeit in Köln geschaffen: die Zukunft soll gestaltet, der Zusammenhalt in der Kölner Bevölkerung gestärkt, die Unterschiede anerkannt und die Vielfalt genutzt werden. Nur wenn es uns gelingt, die vorhandenen Potenziale aller Kölnerinnen und Kölner wahrzunehmen, angemessen zu fördern und zu nutzen, werden wir die Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich meistern. Nur wenn wir die Interkulturelle Öffnung der Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben, werden wir unsere Zukunft sichern. Es ist deshalb unsere gemeinsame Aufgabe, das Konzept Schritt für Schritt umzusetzen. Gemeinsames Ziel ist und bleibt es, gleiche Chancen auf Bildung, Entwicklung und Wohlstand für alle in Köln lebenden Menschen zu schaffen. Allen, die sich an der Entwicklung und

Erarbeitung des Konzeptes beteiligt haben, gilt unser aufrichtiger und herzlicher Dank. Alle, die künftig mitarbeiten wollen, sind dazu herzlich von uns eingeladen.“

Einehbar ist das Buch in der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums.

Für alle Interessierten steht es zum Download bereit unter:

<http://www.stadt-koeln.de/2/integration/03740/>



Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs